

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

19. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 28. Juli 1966	Nummer 110
--------------	---	------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
20330	1. 7. 1966	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Vergütungstarifvertrag Nr. 5 zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT)	1386
203310	1. 7. 1966	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Länderlohntarifvertrag Nr. 11 vom 1. Juli 1966	1399
203310	1. 7. 1966	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag zur Änderung des Tarifvertrages über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagen- fahrer vom 1. Juli 1966	1405
203110	1. 7. 1966	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 1. Juli 1966 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der medizinisch-technischen Assistentin, der Beschäfti- gungstherapeutin, des Krankengymnasten, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters vom 15. Juli 1960	1407
20319	1. 7. 1966	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 4 vom 1. Juli 1966	1407

I.

20330

**Vergütungstarifvertrag Nr. 5
zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT)**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4100 — 1.3.6 —
1644/IV/66 — u. d. Innenministers — II A 2 —
11.15 — 15130/66 — v. 1. 7. 1966

A. Nachstehenden Tarifvertrag geben wir bekannt:

**Vergütungstarifvertrag Nr. 5
zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT)
vom 1. Juli 1966**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tariftgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport
und Verkehr
— Hauptvorstand —

der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Angestellten, die

- a) unter den Geltungsbereich des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT),
- b) unter die ADO für übertarifliche Angestellte im öffentlichen Dienst
fallen.

§ 2

**Angestellte, die unter den Geltungsbereich
des BAT fallen**

(1) Die Grundvergütungen, die Steigerungsbeträge und die Aufrückungszulagen (§ 26 Abs. 3 BAT) sind für die unter die Anlage 1 a zum BAT fallenden Angestellten

- a) im Bereich des Bundes und im Bereich der Tariftgemeinschaft deutscher Länder
für die Zeit vom 1. April 1966 bis 30. September 1966
und
für die Zeit vom 1. Oktober 1966 an
in der Anlage 1 a,
- b) im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
für die Zeit vom 1. April 1966 bis 30. September 1966
und
für die Zeit vom 1. Oktober 1966 an
in der Anlage 1 b,

festgelegt.

(2) Die Grundvergütungen für die unter die Anlage 1 a zum BAT fallenden Angestellten, die im Zeitpunkt der Einstellung das 21. bzw. 25. Lebensjahr bereits überschritten haben (§ 27 Abschn. A Abs. 3 BAT), ergeben sich

- a) im Bereich des Bundes und im Bereich der Tariftgemeinschaft deutscher Länder
für die Zeit vom 1. April 1966 bis 30. September 1966
aus der Anlage 2 a,
für die Zeit vom 1. Oktober 1966 an
aus der Anlage 2 b,

- b) im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

für die Zeit vom 1. April 1966 bis 30. September 1966
aus der Anlage 2 c,

für die Zeit vom 1. Oktober 1966 an
aus der Anlage 2 d.

(3) Die Grundvergütungen für die unter die Anlage 1 a zum BAT fallenden Angestellten, die das 18., aber noch nicht das 21. bzw. 25. Lebensjahr vollendet haben (§ 128 Abs. 1 BAT), ergeben sich

- a) im Bereich des Bundes und im Bereich der Tariftgemeinschaft deutscher Länder
für die Zeit vom 1. April 1966 bis 30. September 1966
und
für die Zeit vom 1. Oktober 1966 an
aus der Anlage 3 a,
- b) im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
für die Zeit vom 1. April 1966 bis 30. September 1966
und
für die Zeit vom 1. Oktober 1966 an
aus der Anlage 3 b.

(4) Die Grundvergütungen und die Steigerungsbeträge (§ 26 Abs. 3 BAT) für die unter die Anlage 1 b zum BAT fallenden Angestellten sind

für die Zeit vom 1. April 1966 bis 30. September 1966
in der Anlage 4 a,
für die Zeit vom 1. Oktober 1966 an
in der Anlage 4 b

festgelegt.

§ 3

**Angestellte, die unter die ADO für
übertarifliche Angestellte fallen**

Es werden festgesetzt

- die Anfangsgrundvergütung
für die Zeit vom 1. April 1966 bis 30. September 1966
auf 1606 DM,
für die Zeit vom 1. Oktober 1966 an
auf 1638 DM,
- der Höchstbetrag der Grundvergütung
für die Zeit vom 1. April 1966 bis 30. September 1966
auf 2496 DM,
für die Zeit vom 1. Oktober 1966 an
auf 2546 DM,
- der Steigerungsbetrag auf 172 DM,
- die Aufrückungszulage auf 113 DM.

§ 4

Änderung von BAT-Vorschriften

(1) § 27 BAT wird in der für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tariftgemeinschaft deutscher Länder bis 31. März 1966 geltenden Fassung mit Wirkung vom 1. April 1966 für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tariftgemeinschaft deutscher Länder mit folgenden Änderungen wieder in Kraft gesetzt:

- a) In Abschnitt A Abs. 2 Satz 1 wird hinter dem Wort „Aufrückungszulage“ die Zahl „I“ eingefügt.
- b) Abschnitt A Abs. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Der Angestellte, der im Zeitpunkt der Einstellung das 21. bzw. 25. Lebensjahr bereits überschritten hat, erhält die Grundvergütung, die er erreicht hätte, wenn er seit Vollendung des 21. bzw. 25. Lebensjahres in der Eingangsgruppe seiner Anstellungsgruppe beschäftigt gewesen und am Tage der Einstellung in die Anstellungsgruppe unter Zugrundelegung der Aufrückungszulage II höhergruppiert worden wäre, mindestens aber die Anfangsgrundvergütung der Anstellungsgruppe.“

(2) § 28 Abs. 1 BAT erhält folgende Fassung:

a) Für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder:

„Angestellte der Vergütungsgruppen V a, V b, VI bis X, die das 18., aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet haben, und Angestellte der Vergütungsgruppen I b bis II b, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten bis zum Beginn des Monats, in dem sie das 21. bzw. 25. Lebensjahr vollenden, eine wie folgt gestaffelte Grundvergütung:

In den Vergütungsgruppen V a, V b, VI bis X
nach Vollendung des 18. Lebensjahres 88 v. H.,
nach Vollendung des 19. Lebensjahres 92 v. H.,
nach Vollendung des 20. Lebensjahres 96 v. H.
der Anfangsgrundvergütung (§ 27 Abschn. A Abs. 1).
In den Vergütungsgruppen I b bis II b
vor Vollendung des 25. Lebensjahres 95 v. H.
der Anfangsgrundvergütung (§ 27 Abschn. A Abs. 1).“

b) Für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände:

„Angestellte der Vergütungsgruppen V a, V b, VI bis X, die das 18., aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet haben, und Angestellte der Vergütungsgruppen I b bis III, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten bis zum Beginn des Monats, in dem sie das 21. bzw. 25. Lebensjahr vollenden, eine wie folgt gestaffelte Grundvergütung:

In den Vergütungsgruppen V a, V b, VI bis X
nach Vollendung des 18. Lebensjahres 88 v. H.,
nach Vollendung des 19. Lebensjahres 92 v. H.,
nach Vollendung des 20. Lebensjahres 96 v. H.
der Anfangsgrundvergütung (§ 27 Abschn. A Abs. 1).
In den Vergütungsgruppen I b bis III
vor Vollendung des 25. Lebensjahres 95 v. H.
der Anfangsgrundvergütung (§ 27 Abschn. A Abs. 1).“

(3) § 30 Abs. 1 BAT erhält folgende Fassung:

„Unter die Anlage 1 a fallende Angestellte, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten von der Grundvergütung und dem Ortszuschlag eines einundzwanzigjährigen ledigen Angestellten der gleichen Vergütungsgruppe und der gleichen Ortsklasse als Gesamtvergütung nachstehende Vomhundertsätze

vor Vollendung des 15. Lebensjahres 50 v. H.,
nach Vollendung des 15. Lebensjahres 55 v. H.,
nach Vollendung des 16. Lebensjahres 65 v. H.,
nach Vollendung des 17. Lebensjahres 75 v. H.“

(4) Nr. 6 Abschn. B Abs. 3 Satz 1 SR 2 a BAT erhält folgende Fassung:

„Die nach Absatz 2 ermittelte Arbeitszeit wird für die Vergütungsgruppe

IV b	mit 5,25 DM	Kr. I	mit 3,10 DM
V b	mit 4,85 DM	Kr. II	mit 3,35 DM
VI b	mit 4,30 DM	Kr. III	mit 3,70 DM
VII	mit 3,70 DM	Kr. IV	mit 4,05 DM
VIII	mit 3,35 DM	Kr. V	mit 4,30 DM
		Kr. VI	mit 4,55 DM

je Stunde vergütet.“

(5) Nr. 5 Abs. 3 Satz 1 SR 2 b BAT erhält folgende Fassung:

a) Für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder:

„Die nach Absatz 2 ermittelte Arbeitszeit wird für die Vergütungsgruppe

IV b	mit 5,25 DM	Kr. I	mit 3,10 DM
V b	mit 4,85 DM	Kr. II	mit 3,35 DM
VI b	mit 4,30 DM	Kr. III	mit 3,70 DM
VII	mit 3,70 DM	Kr. IV	mit 4,05 DM

VIII	mit 3,35 DM	Kr. V	mit 4,30 DM
IX a	mit 3,20 DM	Kr. VI	mit 4,55 DM
IX b	mit 3,10 DM		

je Stunde vergütet.“

b) Für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände:

„Die nach Absatz 2 ermittelte Arbeitszeit wird für die Vergütungsgruppe

V b	mit 4,85 DM	Kr. I	mit 3,10 DM
VI b	mit 4,30 DM	Kr. II	mit 3,35 DM
VII	mit 3,70 DM	Kr. III	mit 3,70 DM
VIII	mit 3,35 DM	Kr. IV	mit 4,05 DM
IX	mit 3,10 DM	Kr. V	mit 4,30 DM
		Kr. VI	mit 4,55 DM

je Stunde vergütet.“

(6) Nr. 8 Abschn. B Abs. 3 Satz 1 SR 2 c BAT erhält folgende Fassung:

a) Für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder:

„Die nach Absatz 2 ermittelte Arbeitszeit wird für die Vergütungsgruppe

I b	mit 6,70 DM
II a	mit 6,15 DM

je Stunde vergütet.“

b) Für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände:

„Die nach Absatz 2 ermittelte Arbeitszeit wird für die Vergütungsgruppe

I b	mit 6,70 DM
II	mit 6,15 DM
III	mit 5,40 DM

je Stunde vergütet.“

(7) Nr. 8 Abschn. B I. Abs. 3 Satz 1 SR 2 e III BAT erhält folgende Fassung:

„Die nach Absatz 2 ermittelte Arbeitszeit wird für die Vergütungsgruppe

I b	mit 6,70 DM	Kr. I	mit 3,10 DM
II a	mit 6,15 DM	Kr. II	mit 3,35 DM
IV b	mit 5,25 DM	Kr. III	mit 3,70 DM
V b	mit 4,85 DM	Kr. IV	mit 4,05 DM
VI b	mit 4,30 DM	Kr. V	mit 4,30 DM
VII	mit 3,70 DM	Kr. VI	mit 4,55 DM
VIII	mit 3,35 DM		

je Stunde vergütet.“

(8) Nr. 6 Abs. 2 SR 2 k BAT erhält folgende Fassung:

„Die Theaterbetriebszulage beträgt im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für die Angestellten der Vergütungsgruppe

I a	bis zu 8 v. H.
I b	bis zu 9 v. H.
II a	bis zu 10 v. H.
III	bis zu 11 v. H.
IV a	bis zu 12 v. H.
IV b	bis zu 14 v. H.
V a und b	bis zu 15 v. H.
V c	bis zu 17 v. H.
VI b	bis zu 18 v. H.
VII	bis zu 19 v. H.
VIII, IX a und b	bis zu 21 v. H.
X	bis zu 22 v. H.

des jeweiligen Höchstbetrages der Grundvergütung ihrer Vergütungsgruppe. Pfennigbeträge, die sich hierbei ergeben, werden bis zu 49 Pf auf volle Deutsche Mark aufgerundet, sonst abgerundet.

Im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände wird die Theaterbetriebszulage bezirklich vereinbart."

(9) Nr. 3 Abschn. A Abs. 3 Satz 1 SR 2 n BAT erhält folgende Fassung:

„Die nach Absatz 2 ermittelte Arbeitszeit wird für die Vergütungsgruppe

VII mit 3,70 DM

VIII mit 3,35 DM

IX a mit 3,20 DM

IX b mit 3,10 DM

je Stunde vergütet."

(10) In der jeweiligen Fußnote 1 zu der Vergütungsgruppe Vc im Teil I sowie im Teil II Abschn. D und Abschn. H der Anlage 1 a zum BAT in der Fassung des Tarifvertrages über den Bewährungsaufstieg für Angestellte des Bundes und der Länder vom 25. März 1966 wird hinter dem Wort „Aufrückungszulage" die Zahl „1" eingefügt.

§ 5

Überleitung am 1. April 1966

(1) Für Angestellte, die am 31. März 1966 in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben, das zu demselben Arbeitgeber am 1. April 1966 fortbestanden hat, gilt folgendes:

A. Angestellte im Bereich des Bundes und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die unter die Anlage 1 a zum BAT fallen

1. a) Für die Angestellten, die am 1. April 1966 das 21. bzw. 25. Lebensjahr vollendet hatten, werden die am 1. April 1966 nach dem bis zum 31. März 1966 geltenden Recht zustehenden Grundvergütungen um 6 v. H., höchstens jedoch um 6 v. H. der jeweiligen Höchstbeträge der Grundvergütungen der Anlage 1 zum Vergütungstarifvertrag Nr. 4 zum BAT in der Fassung des Tarifvertrages über den Bewährungsaufstieg für Angestellte des Bundes und der Länder vom 25. März 1966 erhöht. Pfennigbeträge, die sich hierbei ergeben, werden bis zu 49 Pf auf volle Deutsche Mark abgerundet, sonst aufgerundet.
- b) Für die Angestellten, denen vom 1. April 1966 an ein Steigerungsbetrag zusteht, wird die am 31. März 1966 zustehende Grundvergütung zunächst um den Steigerungsbetrag nach dem bisherigen Recht erhöht. Die so errechnete Grundvergütung wird nach Buchstabe a erhöht.
- c) Für die Angestellten, die mit Wirkung vom 1. April 1966 höhergruppiert worden sind oder höhergruppiert werden, wird zunächst die Grundvergütung errechnet, die ihnen am 1. April 1966 ohne die Höhergruppierung nach den Buchstaben a oder b zustehen würde. Die so ermittelte Grundvergütung wird dann um die Aufrückungszulage I der höheren, gegebenenfalls auch um die der dazwischenliegenden Vergütungsgruppen erhöht.
- d) Ist die nach den Buchstaben a, b oder c am 1. April 1966 zustehende erhöhte Grundvergütung niedriger als der Betrag, der dem Angestellten als Neueingestelltem nach der Anlage 2 a zustehen würde, so bildet dieser Betrag die Grundvergütung.
2. Die Angestellten, die am 1. April 1966 das 18., aber noch nicht das 21. bzw. 25. Lebensjahr vollendet hatten, erhalten die Grundvergütungen nach der Anlage 3 a.

B. Angestellte im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, die unter die Anlage 1 a zum BAT fallen

1. a) Für die Angestellten, die am 1. April 1966 das 21. bzw. 25. Lebensjahr vollendet hatten, werden die am 1. April 1966 nach dem bis zum 31. März 1966 geltenden Recht zustehenden Grundvergütungen um 6 v. H., höchstens jedoch um 6 v. H. der jeweiligen Höchstbeträge der Grundvergütungen der Anlage 1 zum Vergütungstarifvertrag Nr. 4 zum BAT in der Fassung des Tarifvertrages über den Bewährungsaufstieg für Angestellte des Bundes und der Länder vom 25. März 1966 erhöht. Pfennigbeträge, die sich hierbei ergeben, werden bis zu 49 Pf auf volle Deutsche Mark abgerundet, sonst aufgerundet.

gen um 6 v. H., höchstens jedoch um 6 v. H. der jeweiligen Höchstbeträge der Grundvergütungen der Anlage 1 zum Vergütungstarifvertrag Nr. 4 zum BAT erhöht. Pfennigbeträge, die sich hierbei ergeben, werden bis zu 49 Pf auf volle Deutsche Mark abgerundet, sonst aufgerundet.

- b) Für die Angestellten, denen vom 1. April 1966 an ein Steigerungsbetrag zusteht oder die mit Wirkung vom 1. April 1966 höhergruppiert worden sind, wird die am 31. März 1966 zustehende Grundvergütung zunächst um den Steigerungsbetrag oder um die Aufrückungszulage nach dem bisherigen Recht erhöht. Die so errechnete Grundvergütung wird nach Buchstabe a erhöht.

- c) Ist die nach den Buchstaben a oder b am 1. April 1966 zustehende erhöhte Grundvergütung niedriger als der Betrag, der dem Angestellten als Neueingestelltem nach der Anlage 2 c zustehen würde, so bildet dieser Betrag die Grundvergütung.

2. Die Angestellten, die am 1. April 1966 das 18., aber noch nicht das 21. bzw. 25. Lebensjahr vollendet hatten, erhalten die Grundvergütungen nach der Anlage 3 b.

C. Angestellte, die unter die Anlage 1 b zum BAT fallen

Die Angestellten erhalten die Grundvergütung, die nach der Anlage 4 a an die Stelle ihrer bisherigen Grundvergütung tritt.

D. Angestellte, die unter die ADO für übertarifliche Angestellte fallen

Die am 1. April 1966 nach bisherigem Recht zustehenden Grundvergütungen werden um 6 v. H. erhöht. Abschnitt A Nr. 1 Buchst. a Satz 2 sowie Buchst. b und c gilt entsprechend.

- (2) Auf Angestellte, die am 1. April 1966 im Anschluß an ein am 31. März 1966 beendetes Arbeitsverhältnis i. S. des § 27 Abschn. A Abs. 5 Satz 1 BAT eingestellt worden sind und deren Grundvergütung nach § 27 Abschn. A Abs. 5 BAT festgesetzt worden ist, ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

§ 6

Überleitung am 1. Oktober 1966

(1) Für Angestellte, die am 30. September 1966 in einem Arbeitsverhältnis stehen, das zu demselben Arbeitgeber am 1. Oktober 1966 fortbesteht, gilt folgendes:

A. Angestellte, die unter die Anlage 1 a zum BAT fallen

1. a) Für Angestellte, die am 1. Oktober 1966 das 21. bzw. 25. Lebensjahr vollendet haben, werden die am 1. Oktober 1966 nach dem bis zum 30. September 1966 geltenden Recht zustehenden Grundvergütungen um 2 v. H., höchstens jedoch um 2 v. H. der jeweiligen bis zum 30. September 1966 geltenden Höchstbeträge der Grundvergütungen nach der Anlage 1 a bzw. 1 b dieses Tarifvertrages erhöht. Pfennigbeträge, die sich hierbei ergeben, werden bis zu 49 Pf auf volle Deutsche Mark abgerundet, sonst aufgerundet.
- b) Für die Angestellten, denen vom 1. Oktober 1966 an ein Steigerungsbetrag zusteht oder die mit Wirkung vom 1. Oktober 1966 höhergruppiert werden, wird die am 30. September 1966 zustehende Grundvergütung zunächst um den Steigerungsbetrag oder um die Aufrückungszulage, im Bereich des Bundes und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder um die Aufrückungszulage I, nach dem bis zum 30. September 1966 geltenden Recht erhöht. Die so errechnete Grundvergütung wird nach Buchstabe a erhöht.
- c) Ist die nach den Buchstaben a oder b am 1. Oktober 1966 zustehende erhöhte Grundvergütung niedriger

als der Betrag, der dem Angestellten als Neueinstellung nach der Anlage 2 b bzw. 2 d zustehen würde, so bildet dieser Betrag die Grundvergütung.

2. Die Angestellten, die am 1. Oktober 1966 das 18., aber noch nicht das 21. bzw. 25. Lebensjahr vollendet haben, erhalten die Grundvergütungen nach der Anlage 3 a bzw. 3 b.

B. Angestellte, die unter die Anlage 1 b zum BAT fallen

Die Angestellten erhalten die Grundvergütung, die nach der Anlage 4 b an die Stelle ihrer bisherigen Grundvergütung tritt.

C. Angestellte, die unter die ADO für übertarifliche Angestellte fallen

Die am 1. Oktober 1966 nach dem bis zum 30. September 1966 geltenden Recht zustehenden Grundvergütungen werden um 2 v.H. erhöht. Abschnitt A Nr. 1 Buchst. a Satz 2 und Buchst. b gilt entsprechend.

(2) Auf Angestellte, die am 1. Oktober 1966 im Anschluß an ein am 30. September 1966 beendetes Arbeitsverhältnis im Sinne des § 27 Abschn. A Abs. 5 Satz 1 BAT eingestellt werden und deren Grundvergütung nach § 27 Abschn. A Abs. 5 BAT festgesetzt wird, ist Absatz 1 entsprechend anzuwenden.

§ 7

Ausgleichszulagen und Härteausgleichszulagen für die Angestellten im Saarland

I. Im Bereich des Bundes und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder

An die Stelle der in § 3 des Überleitungstarifvertrages für die Angestellten im Saarland vom 3. Juli 1959 in der Fassung des Tarifvertrages über den Bewährungsaufstieg für Angestellte des Bundes und der Länder vom 25. März 1966 genannten Beträge treten folgende Beträge:

In Vergütungsgruppe	ab 1. April 1966 DM	ab 1. Oktober 1966 DM
ADO für übertarifliche Angestellte	2545	2595
I a	2155	2198
I b	1974	2013
II a	1716	1750
II b	1549	1580
III	1549	1580
IV a	1430	1458
IV b	1202	1226
V a	1074	1095
V b	1047	1068
V c	977	996
VI a	954	973
VI b	885	902
VII	767	782
VIII	658	671
IX a	615	627
IX b	587	599
X	547	558

II. Im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

Im Überleitungstarifvertrag für die Angestellten im Saarland vom 3. Juli 1959 in der Fassung des Vergütungstarifvertrages Nr. 4 zum BAT treten an die Stelle der in § 3 des Überleitungstarifvertrages genannten Beträge folgende Beträge:

In Vergütungsgruppe	ab 1. April 1966 DM	ab 1. Oktober 1966 DM
I a	2155	2198
I b	1974	2013
II	1716	1750
III	1549	1580
IV a	1430	1458
IV b	1202	1226
V a	1074	1095
V b	1047	1068
V c	977	996
VI a	954	973
VI b	885	902
VII	767	782
VIII	657	670
IX	587	599
X	547	558

III. Härteausgleichszulagen

Der Tarifvertrag über die Weiterzahlung von Härteausgleichszulagen an Angestellte vom 12. April 1960 wird aufgehoben.

§ 8

Überstundenvergütungen

(1) Die Überstundenvergütungen (§ 35 Abs. 2 BAT) betragen:

a) Im Bereich des Bundes und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder:

In Vergütungsgruppe	DM	In Vergütungsgruppe	DM
I b	7,40	Kr. I	3,40
II a	6,60	Kr. II	3,70
II b	6,60	Kr. III	4,20
III	6,40	Kr. IV	4,45
IV a	6,05	Kr. V	4,80
IV b	5,80	Kr. VI	5,25
V a und V b	5,40	Kr. VII	5,40
V c	5,25	Kr. VIII	5,55
VI a und VI b	4,80	Kr. IX	5,80
VII	4,20	Kr. X	6,05
VIII	3,70		
IX a	3,55		
IX b	3,40		
X	3,20		

b) Im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände:

In Vergütungsgruppe	DM	In Vergütungsgruppe	DM
I b	7,60	Kr. I	3,40
II	6,60	Kr. II	3,70
III	6,60	Kr. III	4,20
IV a	6,05	Kr. IV	4,45
IV b	5,80	Kr. V	4,80
V a und V b	5,40	Kr. VI	5,25
V c	5,25	Kr. VII	5,40
VI a und VI b	4,80	Kr. VIII	5,55
VII	4,20	Kr. IX	5,80
VIII	3,70	Kr. X	6,05
IX	3,40		
X	3,20		

(2) Die Sätze nach Absatz 1 werden für jede volle Überstunde gezahlt. Ergibt sich bei der wöchentlichen Überstundenberechnung ein Bruchteil einer Stunde, so werden 30 Minuten und mehr als eine volle Stunde aufgerundet, weniger als 30 Minuten bleiben unberücksichtigt.

§ 9

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Angestellte, die spätestens mit Ablauf des 30. Juni 1966 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Angestellte, die im unmittelbaren Anschluß an die auf eigenen Wunsch erfolgte Beendigung des Arbeitsverhältnisses wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind. Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 10

Inkrafttreten und Kündigung

Dieser Tarifvertrag tritt mit Ausnahme des § 4 Abs. 8 mit Wirkung vom 1. April 1966, § 4 Abs. 8 am 1. Oktober 1966 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 30. Juni 1967, schriftlich gekündigt werden.

Düsseldorf, den 1. Juli 1966

Anlage 1 a

— Bund und Länder —

 (§ 2 Abs. 1 Buchst. a
des Vergütungstarifvertrages Nr. 5)**Grundvergütungen**

für Angestellte vom vollendeten 21. bzw. 25. Lebensjahr an (zu § 26 BAT)

Verg. Gr.	Anfangsgrundvergütung monatlich		Steigerungs- betrag monatlich	Aufrückungszulagen		Höchstbetrag der Grund- vergütung monatlich	
	ab 1. 4. 1966 DM	ab 1. 10. 1966 DM		I monatlich DM	II monatlich DM	ab 1. 4. 1966 DM	ab 1. 10. 1966 DM
I a	1458	1487	77	110	73	2155	2198
I b	1300	1326	75	99	66	1974	2013
II a	1119	1141	63	99	66	1716	1750
II b	1031	1052	57	74	49	1549	1580
III	975	995	57	74	49	1549	1580
IV a	869	886	49	74	49	1412	1440
IV b	810	826	42	68	45	1196	1220
V a	709	723	39	60	40	1074	1095
V b	709	723	39	60	40	1047	1068
V c	658	671	35	57	38	950	969
VI a	620	632	27	53	35	928	947
VI b	620	632	27	53	35	860	877
VII	564	575	23	44	29	759	774
VIII	513	523	15	38	25	657	670
IX a	490	500	15	29	19	615	627
IX b	466	475	15	29	19	581	593
X	424	432	15	—	—	538	549

Anlage 2 a

Bund und Länder
(§ 2 Abs. 2 Buchst. a
des Vergütungstarifvertrages Nr. 5)

Grundvergütungen für die nach Vollendung des 21. bzw. 25. Lebensjahres eingestellten Angestellten (zu § 27 Abschn. A Abs. 3 BAT)

Gültig für die Zeit vom 1. April 1966 bis 30. September 1966

Verg.- Gr.	Eingangs- gruppe	21.	23.	25.	27.	29.	Grundvergütung nach Vollendung des Lebensjahres (monatlich in DM)								43.	45.
							31.	33.	35.	37.	39.	41.				
I a	II a			1458	1458	1458	1458	1510	1573	1636	1699	1762	1825	1855		
I b	II a			1300	1300	1311	1374	1437	1500	1563	1626	1689	1752	1782		
II a	II a			1119	1182	1245	1308	1371	1434	1497	1560	1623	1686	1716		
II b	II b			1031	1088	1145	1202	1259	1316	1373	1430	1487	1544	1549		
III	IV a	975	975	1016	1065	1114	1163	1212	1261	1310	1359	1408	1457	1461		
IV a	V b	869	869	881	920	959	998	1037	1076	1115	1141					
IV b	VI b	810	810	810	810	813	840	867	894	921	945					
V a/b	VI b	709	709	714	741	768	795	822	849	876	900					
V c	VI b	658	685	712	739	766	793	820	847	874	898					
VI a/b	VII	620	622	645	668	691	714	737	760	783	794					
VII	VIII	564	564	572	587	602	617	632	647	662	677	686				
VIII	IX b	513	525	540	555	570	585	600	615	625						
IX a	X	490	490	492	507	522	537	552	567	576						
IX b	X	466	466	473	488	503	518	533	548	557						
X	X	424	439	454	469	484	499	514	529	538						

Anlage 2 b

— Bund und Länder ---
(§ 2 Abs. 2 Buchst. a
des Vergütungsvertrages Nr. 5)

Grundvergütungen für die nach Vollendung des 21. bzw. 25. Lebensjahres eingestellten Angestellten (zu § 27 Abschn. A Abs. 3 BAT) Gültig ab 1. Oktober 1966

Verg. Gr.	Eingangs- gruppe	21.	23.	25.	27.	29.	Grundvergütung nach Vollendung des Lebensjahres (monatlich in DM)								41.	43.	45.
							31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.			
I a	II a			1487	1487	1487	1487	1532	1595	1658	1721	1784	1847	1889			
I b	II a			1326	1326	1333	1396	1459	1522	1585	1648	1711	1774	1816			
II a	II a			1141	1204	1267	1330	1393	1456	1519	1582	1645	1708	1750			
II b	II b			1052	1109	1166	1223	1280	1337	1394	1451	1508	1565	1580			
III	IV a	995	995	1033	1082	1131	1180	1229	1278	1327	1376	1425	1474	1489			
IV a	V b	886	886	895	934	973	1012	1051	1090	1129	1162						
IV b	VI b	826	826	826	826	826	852	879	906	933	960	962					
V a/b	VI b	723	723	726	753	780	807	834	861	888	915	917					
V c	VI b	671	697	724	751	778	805	832	859	886	913	915					
VI a/b	VII	632	633	636	679	702	725	748	771	794	809						
VII	VIII	575	575	582	597	612	627	642	657	672	687	699					
VIII	IX b	523	534	549	564	579	594	609	624	637							
IX a	X	500	500	500	515	530	545	560	575	587							
IX b	X	475	475	481	496	511	526	541	556	568							
X	X	432	447	462	477	492	507	522	537	549							

Anlage 3 a

— Bund und Länder —

 (§ 2 Abs. 3 Buchst. a
des Vergütungstarifvertrages Nr. 5)**Grundvergütungen**

für Angestellte unter 21 bzw. 25 Jahren (zu § 28 BAT)

Verg. Gr.	Grundvergütung vor Vollendung des 25. Lebensjahres monatlich in DM					
	ab 1. 4. 1966	ab 1. 10. 1966				
I b	1235,—	1259,50				
II a	1063,—	1084,—				
II b	979,50	999,50				
	Grundvergütung nach Vollendung des					
	18.		19.		20.	
	Lebensjahres (monatlich in DM)					
	ab 1. 4. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 4. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 4. 1966	ab 1. 10. 1966
V a und V b	—	—	—	—	680,50	694,—
VI	545,50	556,—	570,50	581,50	595,—	606,50
VII	496,50	506,—	519,—	529,—	541,50	552,—
VIII	451,50	460,—	472,—	481,—	492,50	502,—
IX a	431,—	440,—	451,—	460,—	470,50	480,—
IX b	410,—	418,—	428,50	437,—	447,50	456,—
X	373,—	380,—	390,—	397,50	407,—	414,50

Anlage 4 a
(§ 2 Abs. 4
des Vergütungsarbeitsvertrages Nr. 5)

Grundvergütungen für die unter die Anlage 1 b zum BAT fallenden Angestellten
gültig für die Zeit vom 1. April 1966 bis 30. September 1966

Verg.- Gr.	1	2	3	4	Grundvergütungssätze in Stule							10	11	Steigerungs- betrag
					5	6	7	8	9					
										(Monatsbeträge in DM)				
Kr. I	436	452	468	484	500	516	532	548	564	580	—	16		
Kr. II	470	488	506	524	542	560	578	596	614	632	—	18		
Kr. III	523	545	567	589	611	633	655	677	699	721	743	22		
Kr. IV	572	595	618	641	664	687	710	733	756	779	802	23		
Kr. V	622	646	670	694	718	742	766	790	814	838	862	24		
Kr. VI	681	708	735	762	789	816	843	870	897	924	951	27		
Kr. VII	720	752	784	816	848	880	912	944	976	1008	1040	32		
Kr. VIII	775	809	843	877	911	945	979	1013	1047	1081	1115	34		
Kr. IX	826	866	906	946	986	1026	1066	1106	1146	1186	1226	40		
Kr. X	852	908	964	1020	1076	1132	1188	1244	1300	1356	1412	56		

**Grundvergütungen für die unter die Anlage 1 b zum BAT fallenden Angestellten
gültig ab 1. Oktober 1966**

Verg. Gr.	1	2	3	4	Grundvergütungssätze in Stufe:							Steigerungs- betrag
					5	6	7	8	9	10	11	
					(Monatsbeträge in DM)							
Kr. I	447	463	479	495	511	527	543	559	575	591	-	16
Kr. II	482	500	518	536	554	572	590	608	626	644	-	18
Kr. III	538	560	582	604	626	648	670	692	714	736	758	22
Kr. IV	589	612	635	658	681	704	727	750	773	796	819	23
Kr. V	639	663	687	711	735	759	783	807	831	855	879	24
Kr. VI	690	718	746	774	802	830	858	886	914	942	970	28
Kr. VII	731	764	797	830	863	896	929	962	995	1028	1061	33
Kr. VIII	787	822	857	892	927	962	997	1032	1067	1102	1137	35
Kr. IX	841	882	923	964	1005	1046	1087	1128	1169	1210	1251	41
Kr. X	870	927	984	1041	1098	1155	1212	1269	1326	1383	1440	57

B. Zur Durchführung des Tarifvertrages wird auf folgenden hingewiesen:

1. Die Vorschriften des vorstehenden Tarifvertrages treten an die Stelle der Vorschriften des Vergütungstarifvertrages Nr. 4 zum BAT vom 24. November 1964 (SMBl. NW. 20330).

Die Landesdienststellen haben die Vergütungen für alle Angestellten, die ihre Vergütung nach den Vorschriften des BAT oder der ADO für übertarifliche Angestellte im öffentlichen Dienst erhalten, für die Zeit ab 1. April 1966 nach den vorstehenden Bestimmungen zu zahlen.

Für die im Angestelltenverhältnis beschäftigten Lehrkräfte an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, die unter Abschn. I des Runderlasses des Kultusministers vom 7. 10. 1965 (ABl. KM. NW. 1965 S. 260) fallen, ist die Neuberechnung der Vergütung jedoch erst vorzunehmen, wenn die widerruflichen Zulagen nach dem genannten Erlaß durch den Kultusminister neu festgesetzt worden sind.

2. Der Tarifvertrag über den Bewährungsaufstieg vom 25. 3. 1966 ist nur vom Bund und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, nicht aber von der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände abgeschlossen worden. Das hat zur Folge, daß einzelne Bestimmungen des § 27 Abschn. A BAT sowie die Vergütungstabellen, die für Angestellte gelten, die unter die Anlage 1 a zum BAT fallen, für den Bereich des Bundes und der Länder einerseits und für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände andererseits durch den Vergütungstarifvertrag Nr. 5 unterschiedliche Fassungen erhalten haben. Die für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände geltenden Vorschriften sind von den Landesdienststellen nicht zu beachten. Von einem Abdruck der betreffenden Vergütungstabellen wird daher abgesehen.

3. Zu § 2

Die Gesamtvergütungen für die unter die Anlage 1 a fallenden Angestellten, die das 18. Lebensjahr noch

nicht vollendet haben, ergeben sich aus der Anlage zu diesem Runderlaß.

4. Zu §§ 2 und 4

Durch den Vergütungstarifvertrag Nr. 5 sind die Aufrückungszulagen nicht nur im Rahmen der allgemeinen Tarifierhöhung miterhöht worden, sondern für Aufrückungen, die mit Wirkung von einem Zeitpunkt nach dem 31. März 1966 erfolgen, sind sie zusätzlich um 50 v.H. erhöht worden. Sie werden in § 27 Abschn. A und in der Anlage 1 a zu diesem Tarifvertrag als „Aufrückungszulagen I“ bezeichnet. Für die Berechnung der Grundvergütung nach § 27 Abschn. A Abs. 3 BAT sind die Aufrückungszulagen dagegen nicht zusätzlich erhöht worden. Sie werden in § 27 Abschn. A BAT und in der Anlage 1 a zu diesem Tarifvertrag als „Aufrückungszulagen II“ bezeichnet.

5. Zu §§ 5 und 6

Aus der Vorschrift des § 5 Abs. 1 Abschn. A Nr. 1. a), nach der

„die am 1. April 1966 nach dem bis zum 31. März 1966 geltenden Recht zustehenden Grundvergütungen um 6 v.H., höchstens jedoch um 6 v.H. der jeweiligen Höchstbeträge der Grundvergütungen der Anlage 1 zum Vergütungstarifvertrag Nr. 4 zum BAT in der Fassung des Tarifvertrages über den Bewährungsaufstieg für Angestellte des Bundes und der Länder vom 25. März 1966 erhöht werden“.

ergibt sich, daß bei Angestellten der Vergütungsgruppen V c bis X, die in § 4 Abs. 1 des Tarifvertrages vom 16. März 1960 genannt waren, die Höchstbeträge der Grundvergütungen um die bisherigen Beträge überschritten bleiben dürfen, soweit diese nicht auf Grund des Tarifvertrages über den Bewährungsaufstieg für Angestellte des Bundes und der Länder bereits weggefallen waren.

Entsprechendes gilt für die Überleitung am 1. Oktober 1966.

An alle obersten Landesbehörden
und nachgeordneten Dienststellen.

Anlage
zum Gem. Refert. d. Finanzministers
u. d. Innenministers vom 1. 7. 1966

Gesamtvergütung
für Angestellte unter 18 Jahren
(zu § 30 BAT)

Alter	Ortsklasse	Gesamtvergütung in den Vergütungsgruppen											
		VI		VII		VIII		IX a		IX b		X	
		monatlich ab 1. 4. 66 DM	1. 10. 66 DM	monatlich ab 1. 4. 66 DM	1. 10. 66 DM	monatlich ab 1. 4. 66 DM	1. 10. 66 DM	monatlich ab 1. 4. 66 DM	1. 10. 66 DM	monatlich ab 1. 4. 66 DM	1. 10. 66 DM	monatlich ab 1. 4. 66 DM	1. 10. 66 DM
Vor Voll- endung des 15. Lebensjahres (50 v. 11.)	S	380,50 (9,30)	389,50 (9,48)	352,50 (8,46)	361,— (8,63)	327,— (7,70)	335,— (7,85)	—	—	303,50 (6,99)	311,— (7,13)	282,50 (6,36)	289,50 (6,48)
Nach Voll- endung des 15. Lebensjahres (55 v. 11.)	A	369,—	377,50	341,—	349,—	315,50	323,—	—	—	292,—	299,—	271,—	277,50
Vor Voll- endung des 15. Lebensjahres (55 v. 11.)	S	418,50 (10,23)	428,50 (10,43)	388,— (9,31)	397,— (9,49)	339,50 (8,46)	368,50 (8,63)	—	—	334,— (7,69)	342,— (7,84)	311,— (7,—)	318,50 (7,13)
Nach Voll- endung des 15. Lebensjahres (65 v. 11.)	A	406,—	415,50	375,—	384,—	347,—	355,50	—	—	321,—	329,—	288,—	305,50
Vor Voll- endung des 16. Lebensjahres (65 v. 11.)	S	494,50 (12,09)	506,50 (12,32)	458,50 (11,—)	469,50 (11,21)	425,— (10,—)	435,50 (10,20)	410,— (9,56)	420,50 (9,75)	394,50 (9,09)	404,50 (9,26)	367,50 (8,27)	376,50 (8,42)
Nach Voll- endung des 16. Lebensjahres (75 v. 11.)	A	479,50	491,—	443,50	453,50	410,—	420,—	395,—	405,—	379,50	388,50	352,50	361,—
Vor Voll- endung des 17. Lebensjahres (75 v. 11.)	S	571,— (13,95)	584,50 (14,22)	529,— (12,69)	541,50 (12,94)	490,50 (11,54)	502,50 (11,77)	473,50 (11,03)	485,50 (11,25)	455,50 (10,49)	466,50 (10,69)	424,— (9,54)	434,50 (9,72)
Nach Voll- endung des 17. Lebensjahres (75 v. 11.)	A	553,50	566,50	511,50	523,50	473,50	484,50	456,—	467,50	438,—	448,50	406,50	416,50

Anmerkung: Bei der in der Ortsklasse S zuständigen Gesamtvergütung ist in Klammern jeweils der in den Dienstorten Berlin und Hamburg zu gewährende Sonderzuschlag angegeben.

203310

Länderlohntarifvertrag Nr. 11 vom 1. Juli 1966

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4200 — 3 — 1641 IV/66 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 12.08.01 — 15 125/66 —
v. 1. 7. 1966

A. Nachstehenden Tarifvertrag geben wir bekannt:

Länderlohntarifvertrag Nr. 11 vom 1. Juli 1966

Zwischen

der Tariftgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände.

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr — Hauptvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für Arbeiter der Verwaltungen und Betriebe der Länder, deren Arbeitsverhältnisse durch den Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964 geregelt sind. Er gilt nicht für die Arbeiter des Landes Berlin, der Freien Hansestadt Bremen sowie der Freien und Hansestadt Hamburg.

§ 2

Ortslohnklassen

Es werden zwei Ortslohnklassen gebildet. Gemäß § 26 Abs. 1 Satz 2 MTL II entspricht

- die Ortslohnklasse 1 der Ortsklasse S
- die Ortslohnklasse 2 der Ortsklasse A.

§ 3

Ecklohn

(1) Grundlage für die Berechnung der Stundenlöhne der Vollohnempfänger bildet der Lohn des Handwerkers der Lohngruppe VI in der Ortslohnklasse 2 (Ecklohn).

(2) Der Ecklohn beträgt

- 308 Pf für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1966
- 314 Pf für die Zeit vom 1. Oktober 1966 an.

§ 4

Ortslohnklassenspannen

Die Lohnsätze der Lohngruppe VI betragen in der

- Ortslohnklasse 1 103 v. H.
- Ortslohnklasse 2 100 v. H.

des Ecklohnes.

§ 5

Dienstzeitzulagen

Die Dienstzeitzulagen nach § 24 MTL II betragen in allen Lohngruppen und Ortslohnklassen

- nach 2 Jahren 2 v. H.
- nach 4 Jahren 3 v. H.
- nach 6 Jahren 3,5 v. H.
- nach 8 Jahren 4,5 v. H.
- nach 10 Jahren 5,5 v. H.

des Ecklohnes.

§ 6

Lohnzulage

In allen Lohngruppen und Ortslohnklassen wird eine Lohnzulage von 25 Pf (i. W.: fünfundzwanzig) gezahlt.

§ 7

Lohntabellen

(1) Die sich nach den §§ 2 bis 6 dieses Tarifvertrages in Verbindung mit dem Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 18. Mai 1961 für die Zeit vom 1. April bis 31. Juli 1966 ergebenden Tabellenlöhne sind aus der als Anlage 1 beigefügten Lohntabelle ersichtlich. die Bestandteile dieses Tarifvertrages ist.

Anlage 1

Arbeiter der Lohngruppe I erhalten an Stelle des ihnen nach dieser Lohngruppe zustehenden Lohnes den Lohn der Lohngruppe II des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 18. Mai 1961.

(2) Die sich nach den §§ 2 bis 6 dieses Tarifvertrages in Verbindung mit dem Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder für die Zeit vom 1. August 1966 an ergebenden Tabellenlöhne sind aus den als Anlagen 2 und 3 beigefügten Lohntabellen ersichtlich. die Bestandteile dieses Tarifvertrages sind.

Anlagen
2 u. 3

§ 8

Sondervorschriften für das Saarland

(1) Auf die am 31. Juli 1966 nach § 5 des Tarifvertrages betreffend Überleitung des Tarifrechts der Arbeiter des Saarlandes vom 3. Juli 1959 und Nr. 2 Abs. 2 der Anlage 1 zum Tarifvertrag zu § 73 MTL II vom 27. Februar 1964 zu zahlende Ausgleichszulage wird die am 1. August 1966 (Anlage 2) eintretende Lohnerhöhung in voller Höhe angerechnet.

(2) Der Tarifvertrag über die Weiterzahlung von Härteausgleichszulagen an Arbeiter vom 12. April 1960 wird aufgehoben.

§ 9

Sozialzuschlag

Neben dem Lohn und dem Urlaubslohn erhält der Arbeiter einen Sozialzuschlag

für das erste bis fünfte kinderzuschlagsberechtigende Kind in Höhe von 50 v. H.

für das sechste und jedes weitere kinderzuschlagsberechtigende Kind in Höhe von 60 v. H.

des Kinderzuschlags, der ihm nach Maßgabe des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964 für den jeweiligen Lohnzeitraum gezahlt wird oder zu zahlen wäre, wenn dem Ehegatten des Arbeiters Kinderzuschlag für dasselbe Kind nicht zustehen würde. Bei der Berechnung sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs sind abzurunden.

§ 10

Änderung des MTL II

Der Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder — MTL II — vom 27. Februar 1964, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 6 vom 21. Januar 1966, wird wie folgt geändert:

1. § 23 Abs. 1 Satz 2 erhält die folgende Fassung:

„Vor Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres beträgt der Lohn

bis zum vollendeten 16. Lebensjahr 65 v. H.

nach dem vollendeten 16. Lebensjahr 85 v. H.

nach dem vollendeten 18. Lebensjahr 95 v. H.

des Vollarbnes.“

2. § 24 Abs. 1 erhält die folgende Fassung:

„(1) Die Dienstzeitzulagen werden in Vomhundertsätzen des Ecklohnes gestaffelt nach der Dauer der nach dem achtzehnten Lebensjahr vollendeten Dienstzeit gewährt.“

§ 11

Inkrafttreten und Kündigung

(1) Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. April 1966 in Kraft.

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Arbeiter, die spätestens mit Ablauf des 30. Juni 1966 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Arbeiter, die im unmittelbaren Anschluß an die auf eigenen Wunsch erfolgte Beendigung des Arbeitsverhältnisses wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind oder eintreten. Öffentlicher Dienst i. S. des Satzes 3 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den MTL II oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

(2) Dieser Tarifvertrag kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 30. Juni 1967, schriftlich gekündigt werden.

Protokollnotizen:

- 1. Die Anlagen 2 und 3 dieses Tarifvertrages gelten nur, wenn am 1. August 1966 ein neuer Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder in Kraft tritt.
- 2. Die Tabellenlöhne werden nach folgenden Grundsätzen berechnet:

Ausgehend vom vereinbarten Ecklohn ist zunächst der Lohn der Lohngruppe VI für die Ortslohnklasse 1 zu berechnen. Aus den Lohnsätzen der Lohngruppe VI sind sodann die Lohnsätze der übrigen Lohngruppen nach Maßgabe der Lohngruppenspannen des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder zu berechnen.

Bei der Berechnung nach Satz 1 und 2 sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs unter 0,5 sind abzurunden. Bruchteile von 0,5 und mehr sind aufzurunden. Das gleiche gilt für die Berechnung der Dienstzeitzulagen.

Die sich hiernach ergebenden Beträge werden um die Lohnzulage von 25 Pf (§ 6 dieses Tarifvertrages) erhöht.

Düsseldorf, den 1. Juli 1966

Anlage 1 zum Länderlohntarifvertrag Nr. 11

vom 1. Juli 1966

Lohntabelle vom 1. April bis 31. Juli 1966

Lohngruppe	Dienstzeit	Ortslohnklasse	
		1	2
		Stundenlohn	
		Pf	Pf
II (82 v. H.)	1. bis 2. Jahr	285	278
	3. bis 4. Jahr	291	284
	5. bis 6. Jahr	294	287
	7. bis 8. Jahr	296	289
	9. bis 10. Jahr	299	292
	ab 11. Jahr	302	295
III (86 v. H.)	1. bis 2. Jahr	298	290
	3. bis 4. Jahr	304	296
	5. bis 6. Jahr	307	299
	7. bis 8. Jahr	309	301
	9. bis 10. Jahr	312	304
	ab 11. Jahr	315	307
IV (89 v. H.)	1. bis 2. Jahr	307	299
	3. bis 4. Jahr	313	305
	5. bis 6. Jahr	316	308
	7. bis 8. Jahr	318	310
	9. bis 10. Jahr	321	313
	ab 11. Jahr	324	316
V (94 v. H.)	1. bis 2. Jahr	323	315
	3. bis 4. Jahr	329	321
	5. bis 6. Jahr	332	324
	7. bis 8. Jahr	334	326
	9. bis 10. Jahr	337	329
	ab 11. Jahr	340	332
VI (100 v. H.)	1. bis 2. Jahr	342	333
	3. bis 4. Jahr	348	339
	5. bis 6. Jahr	351	342
	7. bis 8. Jahr	353	344
	9. bis 10. Jahr	356	347
	ab 11. Jahr	359	350
VII (107 v. H.)	1. bis 2. Jahr	364	355
	3. bis 4. Jahr	370	361
	5. bis 6. Jahr	373	364
	7. bis 8. Jahr	375	366
	9. bis 10. Jahr	378	369
	ab 11. Jahr	381	372
VIII (114 v. H.)	1. bis 2. Jahr	386	376
	3. bis 4. Jahr	392	382
	5. bis 6. Jahr	395	385
	7. bis 8. Jahr	397	387
	9. bis 10. Jahr	400	390
	ab 11. Jahr	403	393
IX (125 v. H.)	1. bis 2. Jahr	421	410
	3. bis 4. Jahr	427	416
	5. bis 6. Jahr	430	419
	7. bis 8. Jahr	432	421
	9. bis 10. Jahr	435	424
	ab 11. Jahr	438	427

Anlage 2 zum Länderlohntarifvertrag Nr. 11

vom 1. Juli 1966

Lohntabelle vom 1. August bis 30. September 1966

Lohngruppe	Dienstzeit	Ortslohnklasse	
		1	2
		Stundenlohn	
		Pf	Pf
II (83 v. H.)	1. bis 2. Jahr	288	281
	3. bis 4. Jahr	294	287
	5. bis 6. Jahr	297	290
	7. bis 8. Jahr	299	292
	9. bis 10. Jahr	302	295
	ab 11. Jahr	305	298
III (88 v. H.)	1. bis 2. Jahr	304	296
	3. bis 4. Jahr	310	302
	5. bis 6. Jahr	313	305
	7. bis 8. Jahr	315	307
	9. bis 10. Jahr	318	310
	ab 11. Jahr	321	313
IV (91 v. H.)	1. bis 2. Jahr	313	305
	3. bis 4. Jahr	319	311
	5. bis 6. Jahr	322	314
	7. bis 8. Jahr	324	316
	9. bis 10. Jahr	327	319
	ab 11. Jahr	330	322
V (94 v. H.)	1. bis 2. Jahr	323	315
	3. bis 4. Jahr	329	321
	5. bis 6. Jahr	332	324
	7. bis 8. Jahr	334	326
	9. bis 10. Jahr	337	329
	ab 11. Jahr	340	332
VI (100 v. H.)	1. bis 2. Jahr	342	333
	3. bis 4. Jahr	348	339
	5. bis 6. Jahr	351	342
	7. bis 8. Jahr	353	344
	9. bis 10. Jahr	356	347
	ab 11. Jahr	359	350
VII (107 v. H.)	1. bis 2. Jahr	364	355
	3. bis 4. Jahr	370	361
	5. bis 6. Jahr	373	364
	7. bis 8. Jahr	375	366
	9. bis 10. Jahr	378	369
	ab 11. Jahr	381	372
VII a (110 v. H.)	1. bis 2. Jahr	374	364
	3. bis 4. Jahr	380	370
	5. bis 6. Jahr	383	373
	7. bis 8. Jahr	385	375
	9. bis 10. Jahr	388	378
	ab 11. Jahr	391	381
VIII (114 v. H.)	1. bis 2. Jahr	386	376
	3. bis 4. Jahr	392	382
	5. bis 6. Jahr	395	385
	7. bis 8. Jahr	397	387
	9. bis 10. Jahr	400	390
	ab 11. Jahr	403	393
IX (125 v. H.)	1. bis 2. Jahr	421	410
	3. bis 4. Jahr	427	416
	5. bis 6. Jahr	430	419
	7. bis 8. Jahr	432	421
	9. bis 10. Jahr	435	424
	ab 11. Jahr	438	427

Anlage 3 zum Länderlohntarifvertrag Nr. 11

vom 1. Juli 1966

Lohntabelle ab 1. Oktober 1966

Lohngruppe	Dienstzeit	Ortslohnklasse		Lohngruppe	Dienstzeit	Ortslohnklasse	
		1	2			1	2
		Stundenlohn				Stundenlohn	
		Pf	Pf			Pf	Pf
II (83 v. H.)	1. bis 2. Jahr	293	286	VII (107 v. H.)	1. bis 2. Jahr	371	361
	3. bis 4. Jahr	299	292		3. bis 4. Jahr	377	367
	5. bis 6. Jahr	302	295		5. bis 6. Jahr	380	370
	7. bis 8. Jahr	304	297		7. bis 8. Jahr	382	372
	9. bis 10. Jahr	307	300		9. bis 10. Jahr	385	375
	ab 11. Jahr	310	303		ab 11. Jahr	388	378
III (88 v. H.)	1. bis 2. Jahr	309	301	VIIa (110 v. H.)	1. bis 2. Jahr	380	370
	3. bis 4. Jahr	315	307		3. bis 4. Jahr	386	376
	5. bis 6. Jahr	318	310		5. bis 6. Jahr	389	379
	7. bis 8. Jahr	320	312		7. bis 8. Jahr	391	381
	9. bis 10. Jahr	323	315		9. bis 10. Jahr	394	384
	ab 11. Jahr	326	318		ab 11. Jahr	397	387
IV (91 v. H.)	1. bis 2. Jahr	319	311	VIII (114 v. H.)	1. bis 2. Jahr	393	383
	3. bis 4. Jahr	325	317		3. bis 4. Jahr	399	389
	5. bis 6. Jahr	328	320		5. bis 6. Jahr	402	392
	7. bis 8. Jahr	330	322		7. bis 8. Jahr	404	394
	9. bis 10. Jahr	333	325		9. bis 10. Jahr	407	397
	ab 11. Jahr	336	328		ab 11. Jahr	410	400
V (94 v. H.)	1. bis 2. Jahr	329	320	IX (125 v. H.)	1. bis 2. Jahr	429	418
	3. bis 4. Jahr	335	326		3. bis 4. Jahr	435	424
	5. bis 6. Jahr	338	329		5. bis 6. Jahr	438	427
	7. bis 8. Jahr	340	331		7. bis 8. Jahr	440	429
	9. bis 10. Jahr	343	334		9. bis 10. Jahr	443	432
	ab 11. Jahr	346	337		ab 11. Jahr	446	435
VI (100 v. H.)	1. bis 2. Jahr	348	339				
	3. bis 4. Jahr	354	345				
	5. bis 6. Jahr	357	348				
	7. bis 8. Jahr	359	350				
	9. bis 10. Jahr	362	353				
	ab 11. Jahr	365	356				

B. Zur Durchführung des Tarifvertrages wird folgendes bestimmt:

1. Die Vorschriften des vorstehenden Tarifvertrages treten an die Stelle der Vorschriften des Länderlohn-tarifvertrages Nr. 10 vom 24. 11. 1964 (SMBL. NW. 203310).

Die Landesdienststellen haben die Löhne für alle Arbeiter, die ihren Lohn nach den Vorschriften des MTL II erhalten, für die Zeit ab 1. April 1966 nach den vorstehenden Vorschriften zu zahlen.

2. Hat der nach § 42 Abs. 5 MTL II für die Berechnung des Nettoarbeitsentgelts maßgebende Zeitraum vor dem 1. April 1966 geendet, so erhöht sich das Nettoarbeitsentgelt vom 1. April 1966 an um 4,8 v.H. (80 v.H. von 6 v.H.), vom 1. Oktober 1966 an um 6,5 v.H. (80 v.H. von 8,12 v.H.), hat der Zeitraum nach dem 31. März 1966 aber noch vor dem 1. Oktober 1966 geendet, so erhöht sich das Nettoarbeitsentgelt vom 1. Oktober 1966 an um 1,6 v.H. (80 v.H. von 2 v.H.).
3. Der nach § 48 Abs. 3 Unterabs. 1 MTL II aus der Summe des Lohnes für die im Kalenderjahr 1965 bezahlten Überstunden und der Zeitzuschläge, der Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszuschläge und der Wechselschichtzuschläge ermittelte Zuschlag ist auf Grund der Erhöhungen des Ecklohnes durch den vorstehenden Tarifvertrag vom 1. April 1966 an um 4,8 v.H. (80 v.H. von 6 v.H.) und vom 1. Oktober 1966 an um 6,5 v.H. (80 v.H. von 8,12 v.H.) zu erhöhen.

Hat das Arbeitsverhältnis erst im Kalenderjahr 1966 begonnen und hat der nach § 48 Abs. 3 Unterabs. 2 MTL II zugrunde gelegte Berechnungszeitraum vor dem 1. April 1966 geendet, so erhöht sich der Zuschlag vom 1. April 1966 an um 4,8 v.H. (80 v.H. von 6 v.H.), hat der Berechnungszeitraum nach dem 31. März 1966 aber noch vor dem 1. Oktober 1966 geendet, so erhöht sich der Zuschlag vom 1. Oktober 1966 an um 1,6 v.H. (80 v.H. von 2 v.H.).

4. Nr. 2 Satz 3 der Durchführungsbestimmungen zum Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II (Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 18. 11. 1963 — SMBL. NW. 203311) erhält die folgende Fassung:

„Auf Grund des ab 1. April 1966 geltenden Ecklohns von 3,08 DM und des ab 1. Oktober 1966 geltenden Ecklohns von 3,14 DM ergeben sich die folgenden Beträge je Stunde:

Zuschlagsgruppe	ab 1. April 1966	ab 1. Oktober 1966
I	0,15 DM	0,16 DM
II	0,18 DM	0,19 DM
III	0,25 DM	0,25 DM
IV	0,31 DM	0,31 DM
V	0,37 DM	0,38 DM
VI	0,43 DM	0,44 DM
VII	0,49 DM	0,50 DM
VIII	0,62 DM	0,63 DM
IX	0,77 DM	0,79 DM
X	0,95 DM	0,97 DM.“

5. Nach § 8 des Länderlohn-tarifvertrages Nr. 10 berechnete sich der Sozialzuschlag aus dem Kinderzuschlag, der dem Arbeiter tatsächlich gezahlt wurde. Erhielt der Arbeiter auf Grund des § 1 Abs. 7 des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 26. Mai 1964 keinen Kinderzuschlag, so erhielt er auch keinen Sozialzuschlag. Erhielt er den Kinderzuschlag z. B. auf

Grund des § 19 LBesG nur zur Hälfte, so errechnet sich der Sozialzuschlag aus dem halben Kinderzuschlag.

§ 9 des vorstehenden Tarifvertrages bewirkt, daß der Sozialzuschlag gewährt und berechnet wird, wie wenn der Ehegatte des Arbeiters keinen Kinderzuschlag erhalten würde, d. h., wie wenn der Arbeiter selbst den seiner Beschäftigung entsprechenden vollen bzw. anteiligen Kinderzuschlag erhalten würde.

Beispiel 1:

Die Arbeiterin ist vollbeschäftigt. Ihr Ehegatte ist vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Den Kinderzuschlag erhält der Ehegatte, weil kein Antrag auf Halbierung des Kinderzuschlags gestellt ist. Die Arbeiterin erhält daher keinen Kinderzuschlag.

Würde der Ehegatte keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter selbst den Kinderzuschlag und zwar in voller Höhe, erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 2:

Der Arbeiter ist vollbeschäftigt. Sein Ehegatte ist vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Den Kinderzuschlag erhalten beide Ehegatten zur Hälfte.

Würde der Ehegatte keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den Kinderzuschlag in voller Höhe erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 3:

Der Arbeiter ist nicht vollbeschäftigt. Sein Ehegatte ist vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Nach § 1 Abs. 7 Buchst. b des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge erhält der Arbeiter keinen Kinderzuschlag.

Würde der Ehegatte keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den nach § 1 Abs. 3 des vorgenannten Tarifvertrages seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 4:

Der Arbeiter ist nicht vollbeschäftigt. Sein Ehegatte ist nicht vollbeschäftigter Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Der Arbeiter erhält nach § 1 Abs. 7 Buchst. a des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge den seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag, jedoch nicht mehr als die Hälfte des vollen Kinderzuschlags.

Würde der Ehegatte keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den seiner Beschäftigung entsprechenden Kinderzuschlag erhalten, auch soweit er mehr als die Hälfte des vollen Kinderzuschlags beträgt. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

Beispiel 5:

Der Arbeiter ist vollbeschäftigt. Sein Ehegatte ist nicht vollbeschäftigter Beamter. Nach § 1 Abs. 7 Buchst. c des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vermindert sich der Kinderzuschlag des Arbeiters um den Teil, den sein Ehegatte erhält.

Würde der Ehegatte keinen Kinderzuschlag erhalten, so würde der Arbeiter den vollen Kinderzuschlag erhalten. Aus diesem fiktiven Kinderzuschlag errechnet sich der Sozialzuschlag.

An alle obersten Landesbehörden
und nachgeordneten Dienststellen.

— MBL. NW. 1966 S. 1399.

203310

**Tarifvertrag
zur Änderung des Tarifvertrages über die
Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer
vom 1. Juli 1966**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4200 — 4.1 —
1643-IV/66 — u. d. Innenministers — II A 2 — 12.02.13 —
15 127/66 — v. 1. 7. 1966

Nachstehenden Tarifvertrag geben wir mit der Bitte
um weitere Veranlassung bekannt:

**Tarifvertrag
zur Änderung des Tarifvertrages über die Arbeits-
bedingungen der Personenkraftwagenfahrer
vom 1. Juli 1966**

Zwischen

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr — Hauptvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

Einziger Paragraph

Die Anlage zum Tarifvertrag vom 10. Februar 1965 für
Personenkraftwagenfahrer der Länder Baden-Württem-
berg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rhein-
land-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein wird mit
Wirkung vom 1. April 1966 durch die Anlage 1 und mit
Wirkung vom 1. Oktober 1966 durch die Anlage 2 dieses
Tarifvertrages ersetzt.

Anlage 1

Anlage 2

Düsseldorf, den 1. Juli 1966

Anlage 1

**zum Tarifvertrag vom 1. Juli 1966 für Personenkraftwagenfahrer der Länder Baden-Württemberg,
Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein
vom 1. April 1966 bis 30. September 1966**

Gruppe	Dienstzeit	Ortslohnklasse			
		1		2	
		Monats- lohn DM	Pauschal- zuschlag DM	Monats- lohn DM	Pauschal- zuschlag DM
Gruppe I bei einer Monatsarbeitszeit bis zu 215 Stunden	1. bis 8. Jahr vom 9. Jahr an	750,— 764,60	25,— 25,40	730,60 745,20	24,40 24,80
Gruppe II bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 215 bis 240 Stunden	1. bis 8. Jahr vom 9. Jahr an	827,06 841,38	42,94 43,62	808,08 822,40	41,92 42,60
Gruppe III bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 240 bis 264 Stunden	1. bis 8. Jahr vom 9. Jahr an	910,— 924,20	50,— 50,80	886,20 905,40	48,80 49,60
Gruppe IV bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 264 bis 288½ Stunden	1. bis 8. Jahr vom 9. Jahr an	1 000,— 1 014,20	50,— 50,80	971,20 990,40	48,80 49,60
Ständige persönliche Fahrer nach § 3 Abs. 3	1. bis 8. Jahr vom 9. Jahr an	1 090,50 1 109,50	64,50 65,50	— —	— —

Anlage 2
zum Tarifvertrag vom 1. Juli 1966 für Personenkraftwagenfahrer der Länder Baden-Württemberg,
Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein
vom 1. Oktober 1966 an

Gruppe	Dienstzeit	Ortslohnklasse			
		1		2	
		Monats- lohn DM	Pauschal- zuschlag DM	Monats- lohn DM	Pauschal- zuschlag DM
Gruppe I bei einer Monatsarbeitszeit bis zu 215 Stunden	1. bis 8. Jahr	764,60	25,40	745,20	24,80
	vom 9. Jahr an	779,20	25,80	759,80	25,20
Gruppe II bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 215 bis 240 Stunden	1. bis 8. Jahr	841,38	43,62	822,40	42,60
	vom 9. Jahr an	855,70	44,30	831,72	43,28
Gruppe III bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 240 bis 264 Stunden	1. bis 8. Jahr	924,20	50,80	905,40	49,60
	vom 9. Jahr an	943,40	51,60	919,60	50,40
Gruppe IV bei einer Monatsarbeitszeit von mehr als 264 bis 288 Stunden	1. bis 8. Jahr	1 014,20	50,80	990,40	49,60
	vom 9. Jahr an	1 033,40	51,60	1 009,60	50,40
Ständige persönliche Fahrer nach § 3 Abs. 3	1. bis 8. Jahr	1 109,50	65,50	—	—
	vom 9. Jahr an	1 128,50	66,50	—	—

Bezug: Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 22. 3. 1965 (SMBI. NW. 203310).

An alle obersten Landesbehörden
und nachgeordneten Dienststellen.

— MBl. NW. 1966 S. 1405.

20310

**Tarifvertrag
vom 1. Juli 1966**

zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der medizinisch-technischen Assistentin, der Beschäftigungstherapeutin, des Krankengymnasten, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters vom 15. Juli 1960

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 1645:IV:66
u. d. Innenministers — II A 2 — 11.13 — 15133:66 —
v. 1. 7. 1966

Nachstehenden Tarifvertrag geben wir mit der Bitte um weitere Veranlassung bekannt:

**Tarifvertrag
vom 1. Juli 1966**

zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der medizinisch-technischen Assistentin, der Beschäftigungstherapeutin, des Krankengymnasten, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters vom 15. Juli 1960

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern.

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr — Hauptvorstand —,

der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

Einziger Paragraph

Der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der medizinisch-technischen Assistentin, der Beschäftigungstherapeutin, des Krankengymnasten, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters vom 15. Juli 1960, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag vom 24. November 1964, wird wie folgt geändert:

1. § 2 erhält folgende Fassung:

„§ 2

Entgelt

Die Praktikantinnen (Praktikanten) erhalten folgendes monatliches Entgelt:

	in den Ortsklassen	
	S	A
für die Berufe	DM	DM
der med.-techn. Assistentin	469	453
der Beschäftigungstherapeutin	469	453
des Krankengymnasten	469	453
des Masseurs	400	382
des Masseurs und med. Bademeisters im ersten Praktikantenjahr	400	382
in der weiteren Praktikantenzeit	441	422

Kinderzuschlag wird nach den für die Angestellten der Anstalt jeweils maßgebenden Bestimmungen gewährt. Das Entgelt ist am Fünfzehnten eines jeden Monats für den laufenden Monat zu zahlen.“

2. § 8 erhält folgende Fassung:

„§ 8

Inkrafttreten, Geltungsdauer

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. April 1966 in Kraft.

Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 30. Juni 1967, schriftlich gekündigt werden.“

Düsseldorf, den 1. Juli 1966

Bezug: Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers
v. 16. 12. 1960 (SMBl. NW. 20310).

An alle obersten Landesbehörden
und nachgeordneten Dienststellen.

— MBl. NW. 1966 S. 1407.

20319

**Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 4
vom 1. Juli 1966**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 1642:IV:66 —
u. d. Innenministers — II A 2 — 11.15 — 15131:66 —
v. 1. 7. 1966

A. Nachstehenden Tarifvertrag geben wir bekannt:

**Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 4
vom 1. Juli 1966**

Zwischen

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr — Hauptvorstand —,

der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird gemäß § 6 Abs. 1 des Tarifvertrages über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. September 1961 folgendes vereinbart:

§ 1

(1) Die Lehrlingsvergütung beträgt monatlich:

a) Bei Beginn des Lehr-(Anlern-)verhältnisses vor Vollendung des 18. Lebensjahres

im 1. Lehr-(Anlern-)jahr	113 DM
im 2. Lehr-(Anlern-)jahr	145 DM
im 3. Lehr-(Anlern-)jahr	172 DM
im 4. Lehrjahr	197 DM

b) bei Beginn des Lehr-(Anlern-)verhältnisses nach Vollendung des 18. Lebensjahres

im 1. Lehr-(Anlern-)jahr	135 DM
im 2. Lehr-(Anlern-)jahr	176 DM
im 3. Lehr-(Anlern-)jahr	223 DM
im 4. Lehrjahr	270 DM.

(2) Die Lehrlingsvergütung nach Absatz 1 Buchst. b erhält auch der Lehrling (Anlernling), dessen 19. Geburtstag in den Einstellungsmonat fällt.

§ 2

Lehrlinge und Anlernlinge, die für den Monat Juni 1966 Anspruch auf die Zulage von 10,— DM nach § 2 des Lehrlingsvergütungstarifvertrages Nr. 3 vom 24. November 1964 gehabt haben, behalten diesen Anspruch für die

Dauer des Lehr-(Anlern-)verhältnisses, solange die Voraussetzungen fortbestehen.

§ 3

An die in § 1 Abs. 1 Buchst. b des Tarifvertrages über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. September 1961 genannten Handwerker- und Facharbeiterlehrlinge(-anlernlinge), die im Rahmen ihrer Ausbildung in erheblichem Umfang mit Arbeiten gemäß § 29 MTL II beschäftigt werden, kann im 3. und 4. Lehrjahr ein monatlicher Pauschalzuschlag von 10,— DM zur Lehrlingsvergütung gezahlt werden.

§ 4

(1) Gewährt der Lehrherr Kost und Wohnung, so wird die Lehrlingsvergütung um monatlich 68,— DM gekürzt.

(2) Gewährt der Lehrherr nur Wohnung, so wird die Lehrlingsvergütung um monatlich 16,— DM, gewährt er nur Kost, so wird sie um monatlich 52,— DM gekürzt.

§ 5

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. April 1966 in Kraft.

Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 30. Juni 1967, schriftlich gekündigt werden.

Düsseldorf, den 1. Juli 1966

B. Zur Durchführung des Tarifvertrages wird auf folgendes hingewiesen:

Die Vorschriften des vorstehenden Tarifvertrages treten an die Stelle der Vorschriften des Lehrlingsvergütungstarifvertrages Nr. 3 v. 24. November 1964 (SMBl. NW. 20319).

Die Landesdienststellen haben die Lehrlingsvergütungen für die Zeit ab 1. April 1966 nach dem vorstehenden Tarifvertrag zu zahlen.

An alle obersten Landesbehörden
und nachgeordneten Dienststellen.

— MBl. NW. 1966 S. 1407.

Einzelpreis dieser Nummer 2,10 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

In der Regel sind nur noch die Nummern des laufenden und des vorhergehenden Jahrgangs lieferbar.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 13,45 DM, Ausgabe B 14,65 DM.